

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Katja Suding, Nicole Bauer, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Britta Katharina Dassler, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Dr. Gero Clemens Hocker, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Till Mansmann, Frank Müller-Rosentritt, Dr. Martin Neumann, Dr. Wieland Schinnenburg, Matthias Seestern-Pauly, Frank Sitta, Judith Skudelny, Dr. Hermann Otto Solms, Bettina Stark-Watzinger, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Linda Teuteberg, Stephan Thomae, Manfred Todtenhausen, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig und der Fraktion der FDP

Die Entwicklung von psychischer und physischer Gewalt in der Corona-Pandemie

Im Zuge der Kontaktbeschränkungen während der Corona-Pandemie verstärken sich die Anzeichen, dass häusliche Gewalt in Familien zunimmt (<https://www.rnd.de/gesundheit/corona-und-hausliche-gewalt-frauen-und-familien-leiden-besonders-unter-dem-lockdown-BQ3SN3C67FBETILUACMFFOS5IY.html>).

Auch Äußerungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass „[...] sich Befürchtungen bestätigen, wonach im Zuge der Ausgehbeschränkungen und Quarantänemaßnahmen mit einer Zunahme an Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu rechnen ist“ (<https://www.tagesspiegel.de/politik/gewalt-gegen-kinder-in-der-corona-krise-verletzungen-wie-bei-autounfaellen/25834490.html>), sind für die Fragesteller Anlass, die Bundesregierung nach deren Erkenntnissen und Einschätzungen im Bereich häuslicher Gewalt in Familien zu befragen. Auch die teilweise Schließung von stationären Einrichtungen der Jugendhilfe und die damit verbundenen Gefährdungssituationen von Kindern und Jugendlichen sowie die angespannten Kapazitäten von Frauenhäusern sind Gründe, nach der zahlenmäßigen Entwicklung der Sorgen und Gefahren von Betroffenen zu fragen, um diese noch besser zu schützen (<https://sz.de/1.4899381>, <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-angespannte-wohnsituation-verschaerft-lage-in-frauenhaeusern-90207548.html>).

Während das familiäre Umfeld jederzeit ein Brennpunkt für Gefahren durch physische und psychische Gewalt sein kann, so wurde spätestens seit der #MeToo-Debatte bekannt, dass auch die Kultur- und Medienbranche ein gefährliches Umfeld sein kann. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) hat im Zuge dessen eine unabhängige Vertrauensstelle mit

auf den Weg gebracht, die unter der Bezeichnung Themis am 1. Oktober 2018 ihre Arbeit aufgenommen hat (<https://themis-vertrauensstelle.de/>). Betroffene aus der deutschen Film-, Fernseh- und Theaterbranche finden dort die Möglichkeit, sich juristisch und psychologisch beraten zu lassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der Beraterinnen und Berater bei dem Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ seit Januar 2020 bis heute entwickelt (bitte nach Monaten und Geschlecht aufschlüsseln)?
2. Wie hat sich die Anzahl der eingehenden Beratungskontakte sowie die Anzahl der durchgeführten Beratungsleistungen, telefonisch und online via Chat, E-Mail, etc. , bei dem Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ seit September 2019 bis heute monatlich entwickelt?
3. Wie hat sich die Anzahl der eingehenden Beratungskontakte sowie die Anzahl der durchgeführten Beratungsleistungen, telefonisch und online via E-Mail, bei der Vertrauensstelle Themis für Betroffene aus der Kultur- und Medienbranche seit dem 1. Oktober 2018 bis heute monatlich entwickelt?
4. Wie viele der eingehenden Beratungskontakte bei dem Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ lassen sich jährlich nach Kenntnis der Bundesregierung kategorisiert jeweils Hilferufen aufgrund psychischer Übergriffe, Angst vor physischen Übergriffen und vollzogener physischer Übergriffe zuordnen?
5. Wie hat sich die Anzahl der Beraterinnen und Berater bei dem Hilfetelefon „Nummer gegen Kummer“ seit Januar 2020 bis heute entwickelt (bitte nach Monaten und Geschlecht aufschlüsseln)?
6. Wie hat sich die Anzahl der eingehenden Beratungskontakte sowie die Anzahl der durchgeführten Beratungsleistungen, telefonisch und online via Chat, E-Mail, etc., bei dem Hilfetelefon „Nummer gegen Kummer“ seit Januar 2020 bis heute monatlich entwickelt?
7. Wie hat sich die Anzahl der Beraterinnen und Berater bei dem „Elterntelefon“ seit Januar 2020 bis heute entwickelt (bitte nach Monaten und Geschlecht aufschlüsseln)?
8. Wie hat sich die Anzahl der eingehenden Beratungskontakte sowie die Anzahl der durchgeführten Beratungsleistungen, telefonisch und online via Chat, E-Mail, etc. , bei dem „Elterntelefon“ seit Januar 2020 bis heute monatlich entwickelt?
9. Wie hat sich die Anzahl der Beraterinnen und Berater bei dem Hilfetelefon „Sexueller Missbrauch“ seit Januar 2019 bis heute entwickelt (bitte nach Monaten und Geschlecht aufschlüsseln)?
10. Wie hat sich die Anzahl der eingehenden Beratungskontakte sowie die Anzahl der durchgeführten Beratungsleistungen, telefonisch und online via Chat, E-Mail, etc., bei dem Hilfetelefon „Sexueller Missbrauch“ seit Januar 2019 bis heute monatlich entwickelt?
11. Wie viele der insgesamt eingehenden Beratungskontakte bei dem Hilfetelefon „Sexueller Missbrauch“ lassen sich jährlich nach Kenntnis der Bundesregierung kategorisiert jeweils Hilferufen aufgrund psychischer Übergriffe, Angst vor physischen Übergriffen und vollzogenen physischen Übergriffen zuordnen?
12. Wie viele der insgesamt eingehenden Beratungskontakte bei den Hilfetelefonen „Gewalt gegen Frauen“, „Nummer gegen Kummer“, „Elterntelefon“, und „Sexueller Missbrauch“ stehen nach Kenntnis der Bundesregie-

rung im Zusammenhang mit Problemen, Belastungen oder Herausforderungen durch die Corona-Pandemie?

13. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, ungeachtet der Länderzuständigkeit, sich nach der aktuellen Lage der Verfügbarkeit von Plätzen in Frauenhäusern, beispielsweise stichprobenartig oder durch Abfragen bei den Landesregierungen, zu erkundigen, um eigene Einschätzungen treffen und ggf. Hilfen entwickeln zu können?
- a) Welche konkreten positiven Schlüsse leitet die Bundesregierung ab?
 - b) Welche konkreten Probleme identifiziert die Bundesregierung?

Berlin, den 3. März 2021

Christian Lindner und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.